

"EG-Kommissar aus der DDR?" in Der Spiegel (30. Oktober 1989)

Legende: Das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel untersucht die Möglichkeiten, wie die Reformstaaten des Ostblocks, darunter die DDR, mit der Europäischen Gemeinschaft verbunden werden könnten.

Quelle: Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. Augstein, Rudolf ; Herausgeber Böhme, Erich; Frank, Werner. 30.10.1989, Nr. 44; 43. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"eg_kommissar_aus_der_ddr_"_in_der_spiegel_30_oktober_1989-de-5d6fb375-642e-485e-8a6c-8e213d03ab29.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

EG-Kommissar aus der DDR?

Die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa setzen die EG unter Druck. Verträgt sich eine politische Union der Zwölf mit einem „gemeinsamen europäischen Haus“?

Und wie könnten die Reformstaaten des Ostblocks, vielleicht auch die DDR, mit der EG verbunden werden, ohne daß das Gewicht der Deutschen zu groß wird?

Am 22. Oktober 1989, um 18.50 Uhr, trat die Europäische Gemeinschaft – gedanklich – in ein neues Zeitalter ein. Ob er sich eines Tages einen ostdeutschen Kommissar im Leitungsgremium der Brüsseler EG-Zentrale vorstellen könne, fragte der französische Journalist Philippe Lemaître den EG-Präsidenten Jacques Delors in der Fernsehsendung „Grand Jury“.

Die Antwort kam ohne Zögern – als ob Ostdeutschland ein den EG-Staaten politisch und wirtschaftlich kongeniales Land wäre: „Sicherlich. Warum nicht?“

Problemlos schienen für Delors auch die „historischen Ereignisse“ in Mittel- und Osteuropa zu sein: Sie ließen nur eine Antwort zu: die beschleunigte Arbeit an der Wirtschafts- und Währungsunion der Zwölf.

Daß diese Unbefangenheit nur gespielt war, ließ Delors drei Tage später gegenüber dem Pariser Wirtschaftsblatt *Les Echos* erkennen. Da zeigte er offen seine Sorge, daß die Bundesrepublik, „angezogen durch die Aussichten auf Wiedervereinigung und von der Rolle, die sie in einer Art großem politischen Mitteleuropa spielen könnte, ihr Interesse an der Gemeinschaft verliert“.

Das war es also: Der Präsident der EG-Kommission – und gewiß nicht er allein – sorgt sich, daß die „deutsche Frage“ die Europäische Gemeinschaft schwer erschüttern und langfristig destabilisieren könnte.

Delors ist alles andere als ein Deutschenfeind. Seine Befürchtungen zeigen aber, wie sehr der seit 1945 bestehende Status quo in Mitteleuropa nicht nur den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, sondern auch der EG zupaß kam – und daß die EG von etwaigen Veränderungen dieses Status quo womöglich schwerer betroffen wird als ihre Einzelstaaten.

Ausgerechnet nämlich in einer Zeit, da der Integrationsprozeß der Zwölf im Streit über die bis Ende 1992 vorgesehene Harmonisierung der Steuern sowie über eine gemeinsame Währungs- und Sozialpolitik ins Stocken zu geraten droht, wird die EG in einen politischen Prozeß gezogen, auf den sie weder vorbereitet ist, noch Einfluß hat. „Die Geschichte“, so Delors jüngst in Brügge; „wartet nicht“. Und sie berge für die EG „viele Risiken“.

Immer drängender stellt sich in Brüssel und den Hauptstädten der EG-Staaten die grundsätzliche Frage: Welches Europa wollen wir eigentlich?

Einen verschworenen Wirtschafts- und Währungsblock mit einer gemeinsamen Sozial- und Umweltpolitik morgen sowie einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik übermorgen? Oder eine rein wirtschaftliche Interessengemeinschaft, die offen wäre für den Beitritt auch neutraler Staaten wie Österreich und der Schweiz und demnächst der osteuropäischen Reformländer Ungarn, Polen und womöglich der DDR?

Besteht nicht ein fundamentaler Widerspruch zwischen der Vorstellung von einem „gemeinsamen Haus Europa“, in dem Russen, Polen, Spanier und Norweger friedlich miteinander leben, und dem Konzept einer politischen Europäischen Union, in der die bisherigen zwölf Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Politik betreiben?

Für den deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher ist dies die „Stunde geschichtlicher Weichenstellung“. Bewegt vom Reformschwung in Budapest und Warschau schien er sogar eine Weile bereit zu sein, die EG auf eine reine Wirtschaftsgemeinschaft zu reduzieren: Von einer gemeinsamen

Sicherheitspolitik als politischem Ziel dieser Union wollte er absehen, sagte er Ende September, um sie „als eine für neutrale Staaten offene Gemeinschaft zu erhalten“.

Dabei war es Genscher gewesen, der 1983 gemeinsam mit seinem damaligen italienischen Kollegen Emilio Colombo gegen den Widerstand von Briten, Griechen und Dänen die Aufnahme „politischer und wirtschaftlicher Aspekte der Sicherheitspolitik“ in die reformierten Europäischen Verträge durchgesetzt hatte.

Wollte der Deutsche nun, angesichts der Demokratisierung in Osteuropa, nur noch eine EG auf kleiner Flamme? Delors war alarmiert.

Doch Genscher I korrigierte sich alsbald durch Genscher II. Ausdrücklich bekannte sich der Bonner Außenminister zur „außen- und sicherheitspolitischen Dimension“ der Europäischen Union.

In den Augen von Delors müßten die Deutschen sogar ein vitales Interesse an der europäischen Einigung haben. Denn nur eine relativ stabile EG kann die Ostblockländer in ihrem wirtschaftlichen Modernisierungsprozeß unterstützen. Und nur in den politischen Strukturen einer Europäischen Gemeinschaft, so seine Überzeugung, „sind Lösungen für eine Annäherung der beiden deutschen Staaten“ möglich.

Delors, hier mit Genscher einig, meint, daß föderalistische Strukturen in einem europäischen Bundesstaat verbinden könnten, „was für viele unvereinbar scheint: der Aufstieg eines geeinten Europas und die Loyalität gegenüber der Nation, dem Vaterland“. Im Rahmen einer föderalistisch organisierten Gemeinschaft, angelehnt an das Modell Bundesrepublik, kann sich der EG-Präsident auch die beiden Deutschland als „Teil der Europäischen Gemeinschaft“ vorstellen.

Nur eingebunden in die gemeinsamen Entscheidungsprozesse einer Wirtschafts- und Währungsunion wären der Wirtschaftsriese Bundesrepublik und die DDR – vielleicht vereint, vielleicht aber nur locker miteinander liiert – für die anderen Mitgliedsländer zu ertragen.

Politisch mag das zutreffen. Aber wirtschaftlich? Bereits heute ist die Bundesrepublik größter Importeur und Exporteur in der Gemeinschaft, größter Autoproduzent und größter Stromerzeuger, das Land mit den höchsten Handelsbilanzüberschüssen und den meisten Erwerbstätigen.

Eine weitere Öffnung der Gemeinschaft nach Osten hin würde Deutschland auch noch ins geographische Zentrum dieses neuen Wirtschaftsraums rücken. „Dem Koloß“, so ein französischer Europa-Politiker, müßten „durch die EG dann noch Fesseln angelegt werden“.

Würden sich die Deutschen aber solche Fesseln anlegen lassen, wenn sie tatsächlich „Bismarcksche Träume“ hegen, wie Delors-Kabinettschef Pascal Lamy befürchtet?

Anfang Oktober etwa zeigte sich die Stärke der Deutschen: Als die Bundesbank ihre Leitzinsen um ein Prozent erhöhte, zogen acht europäische Länder notgedrungen nach. Der Brüsseler Finanzkommissar Henning Christophersen kommentierte: „Die Souveränität der anderen hat 35 Minuten gedauert“.

Für Bonn, weiß Delors, bedeutet es ein Opfer, die Bundesbank in ein europäisches Konzept der Währungsunion mit einer europäischen Zentralbank einzubringen. Doch die Deutschen könnten, so hofft er, nicht nur ein rein wirtschaftliches, sondern auch ein „nationales Interesse“ am Binnenmarkt und an einer Währungsunion haben, nämlich die Gemeinschaft fit zu machen für eine Lösung der deutschen Frage.

Für Delors ist es derzeit „kein Thema“, ob die EG sich auf die bisherigen Zwölf beschränken oder vielleicht 16 Mitgliedsstaaten (mit Österreich, Norwegen, der Schweiz und Ungarn) umfassen soll. Beitrittswünsche will er erst nach der Vollendung des europäischen Binnenmarkts behandeln.

Das hindert hochrangige Eurokraten nicht, Denkmodelle zu diskutieren. Besonderen Anklang findet in der

Kommission die Theorie der „konzentrischen Kreise“, die zwei Mitarbeiter im Bonner Kanzleramt, Michael Mertes und Norbert Prill, für die Europäische Gemeinschaft der Jahrtausendwende entwarfen.

Die beiden konzipieren einen politischen Bundesstaat Europa, der die alten EWG-Gründerstaaten – Benelux, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik – umfaßt. Um dieses politische Kerneuropa gruppiert sich auf der zweiten Ebene das Europa der Zwölf, erweitert möglicherweise durch Österreich und Norwegen. Diese Wirtschafts- und Währungsunion wiederum ist von einer Assoziation weiterer europäischer, vor allem auch der Efta-Länder umgeben, die mit dem Ganzen eine Art europäischer Freihandelszone bilden.

Die Autoren: „Jeder europäische Staat ist eingeladen, sich auf die jeweils höhere Stufe der Integration zu begeben.“

Die Konzentration der politischen Union auf ein Kerneuropa der Sechs klingt für die Brüsseler Eurokraten verlockend. Denn niemand vermag sich so recht vorzustellen, wie eine ständig wachsende Europäische Gemeinschaft überhaupt noch entscheidungs- und handlungsfähig sein kann, geschweige denn eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik betreiben könnte.

Die Briten unter Maggie Thatcher, die sich so heftig gegen die Aufgabe von Souveränitätsrechten zugunsten der Gemeinschaft wehren, könnten sich dann auf die Wirtschafts- und Währungsunion beschränken. Auch die Iren mit ihrem Neutralitätsstatus würden womöglich erleichtert auf das Ziel der politischen Union verzichten.

Bei Griechen und Portugiesen, die vor allem an den reichhaltigen Strukturhilfen der EG interessiert sind, ist ohnehin wenig Begeisterung für eine politische Union zu spüren. Und auch den Dänen, der außenpolitischen Solidarität mit ihren skandinavischen Nachbarn verpflichtet, wäre dieses rein ökonomische Bündnis gerade genug.

Allein die Spanier würden wohl aufgrund ihres politischen Gewichts und ihrer eindeutigen Zugehörigkeit zum westlichen Verteidigungsbündnis in dieses Kerneuropa drängen und wären auch willkommen.

Europas führende Staatsmänner sind mit ihren Überlegungen soweit noch nicht vorgestoßen. „Es ist nicht mehr möglich“, philosophierte kürzlich der französische Staatspräsident François Mitterrand in bekannter Vieldeutigkeit gegenüber dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe González, „die Gemeinschaft zu entwickeln, ohne die Beziehungen dieser Gemeinschaft mit dem anderen Europa im Kopf zu haben.“ Dem brauchte niemand zu widersprechen.

Doch wie sein Landsmann Delors sieht Mitterrand offenbar die Gefahr, daß das Interesse an der Reformbewegung im Ostblock vom Fortschritt bei der Integration Europas ablenken könnte. Im Straßburger Parlament warnte der Franzose, derzeit Präsident des Europäischen Rates: Die „Zerstörung der Strukturen im Osten“ dürfe nicht „automatisch von einer Auflösung der Gemeinschaftsstrukturen begleitet werden“.

Da die „Zerstörung der Strukturen im Osten“ ganz offenkundig nicht „automatisch von einer Auflösung der Gemeinschaftsstrukturen begleitet“ ist, war die Warnung gegenstandslos, klang aber so, als ob sich der Franzose eine Barriere an der Elbe wünscht.

Wohl um Zeit zu gewinnen, verfahren die Brüsseler Kommission und die französische Präsidentschaft nach einer Doppelstrategie: Sie drücken bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion aufs Tempo und offerieren gleichzeitig den Nicht-Mitgliedern mit dem Vorschlag für eine europäische Umweltagentur oder dem Forschungsprogramm Eureka die von Genscher verlangte „systemoffene Zusammenarbeit unterhalb der Beitrittschwelle“.

Angenehm vage blieb auch Mitterrands Idee einer „Bank für Europa“ zur Finanzierung von Großprojekten, in deren Verwaltungsrat Polen und Ungarn „und – weshalb nicht?“ – sogar die Sowjetunion vertreten sein könnten.

Als erster „konzentrischer Kreis“ um das Europa der Zwölf zeichnet sich jetzt immerhin die Idee eines „europäischen Wirtschaftsraums“ ab. Im Dezember werden die Außenminister der EG und der Freihandelszone Efta mit Verhandlungen über eine engere Zusammenarbeit der beiden Wirtschaftsbündnisse beginnen.

Danach müßten die Interessen von zwölf EG-Staaten und sechs Efta-Ländern aufeinander abgestimmt werden – eine Sisyphus-Arbeit: Delors' ostdeutscher EG-Kommissar ist gewiß nicht für dieses Jahrtausend.